

■ Cheerleaders mal anders auf dem Koloniestraßenfest



Mut haben sie ja, die Altvorderen aus dem Seniorendomizil an der Panke. Vielleicht auch eine Ader zur heiteren Selbstironie. Nach einem vielbeachteten Fotokalender mit nachgestellten Prominentenszenen Anfang des Jahres präsentierten sie sich nun auf dem Straßenfest in der Koloniestraße Mitte Juni als „Rustikale Cheerleaders“. Sehr zur Freude des Publikums wurde gekonnt mit den Büscheln gewedelt. Nur die sonst dazu üblichen gymnastischen Übungen fielen geringfügig sparsamer aus. Immerhin hatten so die Herren im Publikum die Chance, sich auf den künstlerischen Wert der Darbietung zu konzentrieren.

■ BVV Mitte beschließt Maßnahmenpaket gegen Spielhallen

Die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin Mitte hat auf ihrer Juni-Sitzung in einer thematischen Stunde über die exzessive Ausbreitung von Spielhallen im Bezirk beraten. Allein im Monat Mai wurden 15 Neuanträge gestellt. Tendenz steigend. Bezirksbürgermeister Dr. Hanke (SPD) sprach in der Debatte gar von einem „explosionsartigen Anstieg“.

Spielsucht wird zur großen Gefahr in Mitte. Verschuldung und Verarmung sind weitere Folgen. Die Bezirksparlamentarier verabschiedeten deshalb nahezu einstimmig mehrere Anträge, die dieser besorgniserregenden Entwicklung Einhalt gebieten sollen.

Dazu erklärt Hans-Günter Mahr, Vorsitzender der SPD-Fraktion Mitte: „Im Zusammenhang mit Spielhallen werden oft eine Vielzahl strafrechtlich relevanter Ereignisse beobachtet. Illegales Glücksspiel, Geldwäsche, Betrug, räuberische Erpressung, Körperverletzungen und sogar Raubmord. Auch Einbrüche zur Liquiditätsbeschaffung sind in der näheren Umgebung häufig unangenehme Begleiterscheinungen von Spielhallen. Dem konnten wir nicht länger tatenlos zusehen. Gefragt sind an dieser Stelle aber insbesondere Landes- und Bundesgesetzgeber.“

Ausführliche Informationen zum Thema „Spielhallen in Mitte“ auf Seite 6



■ Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

am letzten Sonnabend fand ein wichtiger Landesparteitag der Berliner SPD statt.

Ein neuer Vorstand wurde für die nächsten 2 Jahre gewählt, wichtige Themen beraten und entsprechende Beschlüsse gefasst. Klar, die Entscheidung über den Weiterbau der A100 fand in den Medien die größte Aufmerksamkeit. Ich persönlich bekenne mich zu diesem Beschluss für dieses wichtige Infrastrukturprojekt, dass bei vielen auch berechtigten Einwänden für mehr Menschen im Südosten der Stadt Entlastung von Lärm und Feinstaub bedeuten wird als es auf der anderen Seite Mehrbelastung für im Vergleich Wenige mit sich bringen wird.

Es wurde auch die Absenkung des Wahlalters für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und für die Beteiligung bei Volkentscheiden auf 16 Jahren beschlossen. Eine Position, die öffentlich durchaus kontrovers diskutiert wird. In den letzten Tagen gab es dazu in verschiedenen Zeitungen Artikel zu Pro und Contra dieser Forderung. Vielleicht haben auch Sie dazu eine Meinung, die Sie mir mitteilen wollen?

Die parlamentarische Sommerpause steht vor der Tür. Das bedeutet aber keineswegs eine politikfreie Zeit. Viele Einladungen zu Sommerfesten von Vereinen und Initiativen sind aber bei sommerlichen Temperaturen die schöneren Seiten der Arbeit eines Abgeordneten.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Begegnungen in den nächsten Wochen und wünsche Ihnen einen schönen Berliner Sommer.

Ihr

■ Veranstaltungstipp Sonntag, 4. Juli, 15.00 Uhr

White Wedding – Die Schönheit des Leopoldplatz neu entdecken

Der Runde Tisch Leopoldplatz lädt am Sonntag, 4. Juli von 15.00 bis 17.00 Uhr unter dem Motto „White Wedding“ zu einem großen Spaghetti-Essen ein. Unter den Alleebäumen entlang des Leopoldplatzes, am Fuße der Neuen Nazarethkirche wird eine festliche, weiße Tafel aufgebaut. Von 15 bis 17 Uhr sind alle Weddinger und Gäste des Bezirkes eingeladen, an den Tischen Platz zu nehmen.

Das Wortspiel White Wedding – englisch für „Hochzeit in Weiß“ – steht symbolisch für das Ziel, die Situation auf dem Leo zu verbessern. Die Initiatoren wollen mit der Aktion die Aufmerksamkeit auf die schönen Seiten des Leo lenken, die der Platz neben allen Problemen auch besitzt. Die prächtige Baumallee in der Nazarethkirchstraße, wo die Tafel aufgebaut sein wird, sei nur ein Beispiel dafür. „Der Platz ist voll mit Geschichten, die erzählt werden wollen“, weiß Gottfried Uebele, Mitinitiator und langjähriger Anwohner. „Wo geht dies besser, als beim gemeinsamen Essen?“

Die Gäste werden gebeten, Besteck und Teller mitzubringen. Der Teller wird für 1,- Euro mit Spaghetti gefüllt. Wer möchte, kann den feierlichen Rahmen der Tafel unterstreichen, indem er in weißem T-Shirt oder Bluse erscheint.

White Wedding wie auch die Organisation von Bühnen bei der berlinweiten Fête de la Musique sind Veranstaltungen des Runden Tisches Leopoldplatz in Kooperation mit dem Bezirksamt Mitte. Ermöglicht werden die Projekte durch das Engagement von freiwilligen Helfern, die Unterstützung lokaler Akteure sowie durch Mittel des Quartiersmanagements Pankstraße und aus dem Programm Aktives Zentrum Müllerstraße.

■ SPD-KulturSommerfest im Brunnenviertel



Ausgelassene Stimmung herrschte auch in diesem Jahr beim traditionellen Sommerfest der SPD in der Stralsunder Straße Mitte Juni. Bei glänzendem Wetter gab es Live-Musik, allerlei Köstlichkeiten und viele Informationen von Vereinen und Initiativen aus dem Brunnenviertel.

■ Veranstaltungstipp Samstag, 10. Juli, 13.00 Uhr

ExRotaprint: Immobilienentwicklung als Möglichkeitsraum

Initiiert, durchgesetzt und verantwortet von Künstlern wird die ehemalige Rotaprint Fabrik heute von der ExRotaprint GmbH betrieben. ExRotaprint steht für einen anderen Umgang mit Eigentum und entwickelt das faszinierende, denkmalgeschützte Ensemble im Wedding als sozial stabilisierenden Faktor. Vermietet wird an Arbeit, Kunst, Soziales. In der Führung stellen die Initiatoren von ExRotaprint, die Künstler Daniela Brahm und Les Schliesser, das Modell ExRotaprint und seine Mieter vor. Die Tour wird zudem 50er Jahre Architekturfans begeistern. Sie dauert 1,5 Stunden. Treffpunkt ist um 13.00 Uhr vor dem Eingang in der Gottschedstraße 4. Nähere Infos unter www.ausfahrtwedding.de.

■ Die SPD vor Ort vorgestellt

Kirsten Arndt

Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung (BVV)



Kirsten Arndt wurde in Limburg an der Lahn (Hessen) geboren und ist dort aufgewachsen.

Nach ihrem Studium arbeitete sie vier Jahre in Erfurt. Vor über zehn Jahren kam sie aus beruflichen Gründen nach Berlin. Vor acht Jahren zog sie auf den Wedding und engagiert sich seit dem in der SPD-Abteilung Panke-Kiez.

Seit 2006 ist sie Bezirksverordnete und dort Mitglied des Ausschusses für Soziales und Bürgerdienste, des Hauptausschusses und Vorsitzende des Rechnungs- und Prüfungsausschusses.

Ihre Leidenschaft für Politik vor Ort wurde sehr früh von ihrem Vater geweckt. Dieser engagierte sich über Jahrzehnte in Hessen kommunalpolitisch für die Belange der Bürgerinnen und Bürger. 1993 trat auch sie in die SPD ein und erhielt das Mitgliedsbuch von Heidemarie Wiczorek-Zeul. Die spätere Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung war damals Mitglied des Ortsvereins und Vorsitzende des SPD-Bezirksverbandes Hessen-Süd. Kirsten Arndt ist begeisterte und bekennende Weddingerin – mit hessischem Akzent.

Für ihren „Panke-Kiez“ hat sie immer ein offenes Ohr. Wenn Sie also ein Thema oder Problem haben, mit dem sich die BVV sollte, lassen Sie es Kirsten Arndt wissen. Sie erreichen sie per E-Mail an die BVV-Fraktion unter info@spd-fraktion-mitte.de. Oder besuchen Sie die Mitgliederversammlung der SPD-Abteilung „Panke-Kiez“ die immer am 4. Dienstag im Monat um 19.00 Uhr im Kurt-Schumacher-Haus in der Müllerstr. 163 stattfindet, die nächste am 24. August. Gäste sind dort jederzeit gern willkommen.

■ Herbert-Hoover-Schule nun wieder mit Aula

Anlässlich der Wiedereröffnung der renovierten Aula der Herbert-Hoover-Schule (Realschule, künftig Integrierte Sekundarschule) in der Pankstraße hat die Staatssekretärin für Bildung, Jugend und Familie, Claudia Zinke (SPD), die Rolle der Schule bei der Integration von Schülerinnen und Schülern in einem besonderen sozialen Brennpunkt unterstrichen. In ihrem Redebeitrag zur Festveranstaltung unterstrich Frau Zinke, dass sich die Herbert-Hoover-Schule bereits vor Jahren mit Nachdruck für ein Konzept zur Entwicklung der deutschen Sprache eingesetzt habe. Damit ermögliche die Schule Ihren Schülerinnen und Schülern in besonderer Weise den Zugang zu Ausbildung und Teilhabe am soziokulturellen Leben in unserer Gesellschaft.



Feierliche Schlüsselübergabe bei der Wiedereröffnung der Aula: Staatssekretärin Claudia Zinke, Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke (li.) und der Rektor der Herbert-Hoover-Schule Thomas Schumann. Die im Krieg zerstörte Aula wurde nun mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket wieder aufgebaut.

Die Herbert-Hoover-Schule steht für die Entwicklung von Selbstvertrauen, Toleranz und Identität. Im Jahr 2006 machte sie Schlagzeilen, als Schüler, Eltern und Lehrkräfte in der Hausordnung der Schule festhalten ließen, dass Deutsch auch auf dem Pausenhof die Sprache sein sollte, in der sich alle Schülerinnen und Schüler verständigen sollten. Die Schule wird von Schülerinnen und Schülern aus über 20 Herkunftsnationen besucht.

Für das Engagement und ihre Leistung bei der Integration erhielt die Schule unter anderem den Nationalpreis der Deutschen Nationalstiftung. Neben den Mitteln der Stiftung für die Restaurierung der Aula flossen über das Konjunkturpaket II weitere 932.000 Euro in die Verbesserung des Schulstandortes.

■ Ferienangebote für Kinder und Jugendliche

Die Sommerferien sind praktisch zum Greifen nahe. Und doch gibt es auch für Kurzentschlossene noch einige der begehrten Plätze im Ferienreiseprogramm des Jugendamtes Mitte.

„Abenteuer Kanu im Spreewald“ heißt es vom 17. bis 24. Juli. Direkt im Spreewald wird die Basis auf dem Zeltplatz Lübben errichtet, von der aus mit dem Kanu Tagestouren gestartet und Außenlager angesteuert werden. Ein richtiges Abenteuer!

Oder wie wäre es mit „Räuberferien in Schlepzig“ vom 24. Juli bis 6. August? Ein Räuberlager bauen, Fallen stellen, das Essen auf dem Feuer brutzeln und ein Leben in Saus und Braus führen - das sind richtige Räuberferien. Das Räuberlager wird in Schlepzig im Spreewald aufgeschlagen. In dem verwinkelten Schullandheim inmitten von Wald, Wiesen und Wasser wartet für jeden Räuber ein kuscheliges Bett.

Wer an einer Teilnahme interessiert und zwischen 9 und 13 Jahren alt ist, sollte sich tunlichst flott mit Frau Martius-Schulz im Bezirksamt unter der Tel.-Nr. 90 18 - 23 107 in Verbindung setzen. Für Familien mit geringem Einkommen besteht die Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung.

■ „Open Stage“ im Lichtburgforum

Das Lichtburgforum in der Bellermannstraße sucht für seine „Open Stage“-Reihe talentierte Künstler, die sich in zwangloser und gemüthlicher Atmosphäre dem Publikum präsentieren möchten. Aufgerufen sind z.B. Sänger, CloseUp-Künstler, Comedians, Bauchredner, Jongleure etc., die neue Sachen ausprobieren wollen oder einfach nur Spaß am spielen haben. Darbietungslänge max. 10min. Gage wird, wie bei diesen Veranstaltungen üblich, nicht gezahlt, aber es wird einen Hut geben der dann unter den Künstlern aufgeteilt wird.

Interessenten melden sich bitte bis jeweils 10 Tage vor Veranstaltung bei der Lichtburg-Stiftung, Bellermannstraße 22, 13357 Berlin, Tel.: 499 881 51, eMail: info@lichtburgforum.de, www.lichtburgforum.de. „Open Stage“ findet an jedem ersten Donnerstag im Monat statt, der erste Termin nach der Sommerpause ist der 2. September.

■ (Mehr) Erholung im Wohnumfeld!

Der „Förderverein Lokale Agenda 21“ lädt ein zu einer Kiezerkundung am Sonntag, 4. Juli von 14.00 bis 16.00 Uhr durch den Soldiner Kiez.

Berlin ist eine grüne Stadt, und inmitten aller Großstadtheftik gibt es Inseln der Ruhe. Grüne Spazierroutes können das eigene Wohnumfeld zum Naherholungsgebiet machen und zu einem grünen Lernort. Entdecken Sie gemeinsam Dinge im Kiez, die Erholung bringen und schauen Sie danach, wo Erholung gestört und bedroht ist.

Die auf dem Spaziergang gewonnenen Erkenntnisse sollen in eine Zukunfts-Agenda des Bezirks Mitte einfließen.

Treffpunkt ist am 4.7. um 14.00 Uhr an der Osloer Straße, Ecke Drontheimer Straße / Koloniestraße.

Ihr direkter Draht zu Ralf Wieland (Impressum, Kontakt)

SPD-Fraktion
Abgeordnetenhaus zu Berlin
Niederkirchnerstr. 5
10111 Berlin

Tel. 23 25 13 46
23 25 22 22

info@ralf-wieland.de
www.ralf-wieland.de



■ „Die Bäume werden nicht in den Himmel wachsen“

Die Wahlkreis-Rundschau im Gespräch mit Hans-Günter Mahr, Vorsitzender der SPD-Fraktion in der BVV Mitte

Anfang Juni hat die SPD-Fraktion in der BVV Mitte einen neuen Vorstand gewählt. Neuer Vorsitzender ist Hans-Günter Mahr, seine beiden Stellvertreterinnen sind Annette David und Martina Matischok. Über die inhaltlichen Schwerpunkte der SPD-Fraktion haben wir mit dem neuen Vorsitzenden gesprochen.

WK-Rundschau: Herr Mahr, Sie sind neuer Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bezirksparlament von Mitte. Welche inhaltlichen Schwerpunkte werden Sie setzen?

Hans-Günter Mahr: Eine inhaltliche Neuausrichtung ist mit dem Personalwechsel nicht verbunden. Das große Generalthema bleibt dem Bezirk ohnehin erhalten: Die desolade Haushaltslage. Es ist dem Bezirk zwar gelungen, von der „vorläufigen Haushaltswirtschaft“, also der Zwangsbewirtschaftung durch den Senat, wieder herunterzukommen und die Entscheidungen wieder selbst in der Hand zu haben. Aber dadurch sind ja die Kassen nicht voller geworden. Ende August bekommen wir die Zahlen für den Ergänzungshaushalt 2011 und mit einer Entspannung der Lage wird man nicht ernsthaft rechnen können. Es wird also leider eher darum gehen, wo gestrichen wird als um die Frage, wo mehr ausgegeben wird. Als SPD-Fraktion werden wir darauf achten, dass die Bereiche geschont werden, in denen guten Gewissens schon jetzt nichts mehr zu holen ist, z.B. bei der Kinder- und Jugendbetreuung oder der Obdachlosenunterstützung.



Hans-Günter Mahr,
Vorsitzender der
SPD-Fraktion in
der BVV Mitte

Das klingt eher nach Konkursverwaltung denn nach aktiver Bezirkspolitik?

Aber nein. Richtig ist, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen werden. Aber es ist uns auch gelungen, zusätzliche Mittel über den Bezirksetat hinaus für gezielte Projekte zu beschaffen. Ein Beispiel ist das Bund-Länder-Förderprogramm „Aktive Stadtzentren“, aus dem Gelder für eine attraktivere Gestaltung der Turmstraße und der Müllerstraße bereit stehen. Dort haben sich inzwischen Stadtteilvertretungen gebildet, in denen interessierte Anwohnerinnen und Anwohner an den Planungsarbeiten teilnehmen und eigene Vorschläge einbringen. Als SPD-Fraktion unterstützen wir diese direkte Art der Bürgerbeteiligung und ich möchte alle Interessierten auffordern, an den Aktivitäten der Stadtteilvertretungen wie auch anderer Kiez-Initiativen teilzunehmen.

In der vergangenen Sitzung der BVV wurde ein umfangreiches Maßnahmenpaket zum Thema Spielhallen verabschiedet. Wird man das Problem damit in den Griff bekommen?

Wir konnten der Entwicklung nicht länger tatenlos zusehen. Allein im Monat Mai wurden 15 Neuanträge auf Genehmigung einer Spielhalle gestellt. Tendenz steigend. Bezirksbürgermeister Dr. Hanke (SPD) sprach in der Debatte gar von einem „explosionsartigen Anstieg“. Im Zusammenhang mit Spielhallen werden oft eine Vielzahl strafrechtlich relevanter Ereignisse beobachtet. Illegales Glücksspiel, Geldwäsche, Betrug, räuberische Erpressung, Körperverletzungen und sogar Raubmord. Auch Einbrüche zur Liquiditätsbeschaffung sind in der näheren Umgebung häufig unangenehme Begleiterscheinungen von Spielhallen. Die rechtlichen Möglichkeiten des Bezirks, in diese Entwicklung einzugreifen, sind ausgesprochen gering. Wir hoffen aber, mit den nun beschlossenen Maßnahmen die explosionsartige Ausbreitung von Spielhallen und Wettbüros bremsen zu können. Gefragt sind an dieser Stelle aber insbesondere Landes- und Bundesgesetzgeber.

Welche weiteren Schwerpunkte hat sich die SPD-Fraktion für die kommende Zeit gesetzt?

Die Arbeit in der Bezirksverordnetenversammlung ist oftmals weniger von politischen Grundsatzentscheidungen denn von ganz praktischen Vorgängen und Notwendigkeiten geprägt. Einige Beispiele:

Wir müssen es hinbekommen, dass sowohl das Ordnungsamt wie auch das Grünflächenamt personell besser ausgestattet werden. Der Bezirk Mitte verfügt wie kein anderer Bezirk über eine große Anzahl repräsentativer Grünflächen, die aufwändig gepflegt werden müssen. Dabei geraten aufgrund der personell engen Ausstattung oftmals die kleinen Grünflächen in den Kiezen oder auch der Straßenbewuchs in den Hintergrund.

Im Bereich der Schulen erleben wir in Mitte gerade eine Konjunktur von Privatschulen. Als SPD-Fraktion betrachten wir diese Entwicklung mit einem lachenden und einem weinenden Auge. So sehr wir die Initiative von Eltern für ihre Kinder unterstützen, so sehr werden wir darauf achten, dass ein gesundes, ausgewogenes Verhältnis von staatlichen und privat bzw. konfessionell betriebenen Schulen erhalten bleibt. Dass heisst für uns natürlich auch, dass das qualitative Angebot der staatlichen Schulen nicht hinter dem der Privatschulen zurückbleiben darf.

Auch das Thema Parkraumbewirtschaftung wird die BVV voraussichtlich wieder beschäftigen. Mit der Inbetriebnahme des BND-Neubaus an der Chausseestraße werden ca. 3.000 bis 4.000 Mitarbeiter erwartet, die ihre Autos in der Umgegend parken wollen. Von den Anwohnern werden bereits Befürchtungen geäußert, dass die Parkplatzsituation ausgesprochen eng werden könnte. Wir nehmen diese Sorgen sehr ernst und werden uns eine Lösung einfallen lassen.

Seit Jahren wird kritisiert, dass im Afrikanischen Viertel drei Herren mit nach ihnen benannten Straßen geehrt werden, die sich während der deutschen Kolonialzeit um die Menschenrechte nicht eben verdient gemacht haben - um es vorsichtig zu formulieren. Nachtigalplatz, Petersallee (nach dem ursprünglichen Namensgeber Carl Peters), Lüderitzstraße. Demnächst wird zumindest eine Tafel aufgestellt, die auf den geschichtlichen Hintergrund der Namensgebung aufmerksam macht. Darüber hinaus gibt es Überlegungen für eine Gedenkstätte zum Kolonialismus. Die BVV wird sich mit einer Umbenennung der Straßen zu beschäftigen haben. Als SPD-Fraktion befürworten wir dies, möchten es aber in eine breit angelegte Diskussion mit den Anwohnern eingebunden wissen.

Der Neubau eines Gastrogroßmarktes auf dem Gelände des ehemaligen Moabiter Güterbahnhofs erregt zur Zeit die Gemüter. Wir begrüßen diese Investition, mit der ca. 300 Arbeitsplätze geschaffen werden und die Voraussetzung für eine Verkehrsberuhigung der Siemensstraße ist. Die Bürgerinitiative Siemensstraße fürchtet allerdings eine nackte Betonfassade straßenseitig und sorgt sich

um eine Pappelreihe. Ich bin sehr zuversichtlich, dass bei den gegenwärtig laufenden Gesprächen mit dem Investor eine auch für die direkten Anwohner akzeptable Fassadengestaltung erreicht werden kann.

Der Panke-Grünzug mit dem Panke-Radweg ist nun weitgehend fertig gestellt. Allerdings gibt es an der Badstraße eine sehr unbefriedigende Situation bei der Überquerung. Wir arbeiten daran, hier möglicherweise eine Unterquerung der Badstraße zu realisieren und dafür externe Mittel zu beschaffen.

Dies sind einige, zum Teil recht kleinteilige Beispiele, mit denen sich die BVV und auch die SPD-Fraktion zur Zeit beschäftigt oder sich demnächst beschäftigen wird.

Das Gespräch führte Helmut Hansmann

■ Pioniere zum Mitradeln nach Mysliborz gesucht!

Seit kurzem gibt es einen Radweg von Küstrin nach Mysliborz (ehemals Soldin, Polen), initiiert vom Mysliborzer Bürgerverein. An einem Wochenende im Juli oder August werden einige Radler aus dem Soldiner Kiez Verein unter Leitung von Kerstin Kaie zur Testfahrt antreten. Interessierte Pioniere sind herzlich eingeladen, mitzufahren. Übrigens: Mysliborz ist eine sehr schöne Stadt am See, man kann baden, die Stadt erkunden und viele nette Menschen kennenlernen.



Stadtpanorama von Mysliborz, über den gleichnamigen See hinweg betrachtet. Zwischen den beiden Bürgerschaftsvereinen „Z Biegiem Mysli“ und „Soldiner Kiez e.V.“ wird eine rege Partnerschaft gepflegt.

Ablauf: Zugfahrt Samstag früh nach Küstrin, ab dort Radweg nach Mysliborz (ca 65 km). Rückfahrt per Rad am Sonntag nach Küstrin, ab dort mit dem Zug zurück nach Berlin. (Es gibt keine Zugverbindung nach Mysliborz, also keine Alternativen zum Fahrrad.) Zeit: Ein Wochenende im Juli oder August 2010 (nach Absprache). Kosten: Ca. 35 Euro Zugfahrt inkl. Fahrrad, als Gruppentarif noch günstiger, ca. 20 Euro für Übernachtung (Alternative: zelten, billiger oder Hotel, teurer). Für Verpflegung sorgt jeder selbst. Es gibt keinen Veranstalter, jeder fährt auf eigenes Risiko.

Wer an der Radtour interessiert ist, meldet sich bei Kerstin Kaie, Tel: 030 480 970 30, Mail: kerstinkaie@googlemail.com.

■ Städtebauliche Stadtrundfahrt zum ehemaligen Flughafen Tempelhof



Die städtebauliche Stadtrundfahrt, zu der die Weddinger Abgeordneten Bruni Wildenhein-Lauterbach und Ralf Wieland Ende Mai eingeladen hatten, führte zum ehemaligen Flughafen Tempelhof.

Besichtigt wurden viele der normalerweise der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Bereiche in dem ehemals größten Gebäudekomplex der Welt, so z.B. die ehemaligen Freizeiteinrichtungen der US Air Force, niemals fertig gestellte Hallen oder die Luftschutzbunker. Für viele Teilnehmer war die Besichtigungstour auch eine nostalgische Reise in ihre eigene Vergangenheit.

Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer ließ es sich nicht nehmen, den Besuchern die Planungen für das ehemalige Flugfeld direkt vor Ort zu erläutern. Von der Abfertigungshalle aus hat man einen nahezu idealen Überblick über das gesamte Areal.

Die Städtebauliche Rundfahrt findet auch im kommenden Frühjahr statt. Wer dazu eingeladen werden möchte, kann sich per Mail an info@ralf-wieland.de auf der Einladungsliste vormerken lassen.

■ Gedenktafel für Prof. Dr. Reinhard Furrer

Der deutsche Wissenschaftsastronaut und Tunnelbauer Prof. Dr. Reinhard Furrer wird mit einer Gedenktafel geehrt. Am 1. Juli wird sie um 12.00 Uhr an seinem ehemaligen Wohnhaus in der Brunnenstr. 135 vom Vorsitzenden der degewo, Frank Bielka und dem Vorsitzenden des Weddinger Heimatvereins, Bernd Schimmler, feierlich enthüllt.



Prof. Dr. Furrer lebte hier von 1963 bis 1967. Er war beteiligt am Bau des legendären „Tunnels 57“ in der Strelitzer Straße 55, durch den 57 Menschen in die Freiheit nach Berlin (West) fliehen konnten.

1985 flog Furrer als Wissenschaftsastronaut mit dem Space Shuttle Challenger ins Weltall. Diese Mission stand erstmals unter deutscher Führung.

Furrer verlor 1995 bei einem Flugzeugabsturz sein Leben.

Dokumentation

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Mitte hat in ihrer Sitzung am 17. Juni 2010 ein umfangreiches Maßnahmenpaket gegen die explosionsartige Ausbreitung von Spielhallen im Bezirk beschlossen. Die Hintergründe und die Einflussmöglichkeiten erläutert die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Martina Matischok:

■ Immer mehr Spielhallen in Berlin

In Berlin und insbesondere im Bezirk Mitte wächst die Zahl der Spielhallenbetriebe.

Diese Entwicklung ist inflationär. 39 Spielhallen wurden 2008 in Mitte gezählt. Nach der Lagebewertung des Bezirkes Mitte durch das LKA sind derzeit 75 Spielhallen registriert, dazu kommen 44 angemeldete Wettbüros. Die Zahl der sonstigen und nicht registrierten Spielstätten wird vom LKA auf ca. 150 geschätzt. Darunter fallen auch etliche Vereinslokalitäten mit Spielgeräten. Dutzende neue Projekte sind beantragt.

Die Behörden sind machtlos, sie können Anträge auf eine Konzession für eine Spielhalle nicht einfach ablehnen. Juristisch ist eine Ablehnung schwierig, aber wie die Erfahrungen anderer Städte, z. B. in Stuttgart zeigen, nicht unmöglich. Baurechtliche oder ordnungsrechtliche Regelungen werden in Berlin aber viel zu wenig genutzt.

Rechtsgrundlage für den Betrieb von in den Spielhallen angebotenen Unterhaltungs- und Geldspielgeräten ist die Gewerbeordnung (GewO). Die Spielverordnung (SpielV) regelt weitere Details. Gewerbliches Spiel darf danach jeder betreiben, dem die Erlaubnis nach § 33c GewO erteilt wurde. Diese knüpft lediglich gewisse Voraussetzungen an die Zuverlässigkeit der beantragenden Person, die Gewerbetätigkeit ist damit grundsätzlich erlaubt. Das gewerbliche Spiel selbst unterliegt dem Bundesrecht, u. a. dem Glücksspielstaatsvertrag.

Das gewerbliche Spiel ist kein Glücksspiel im Sinne von § 284 Strafgesetzbuch (StGB). Für das Glücksspiel werden Erlaubnisse nach Landesrecht erteilt. Der Gesetzgeber geht davon aus, dass diese Angebote grundsätzlich gesellschaftsschädlich sind und damit grundsätzlich verboten sein sollen. Die Erteilung von Erlaubnissen stellt daher eine Ausnahme dar. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Spielhallen bieten nicht nur das sogenannte Unterhaltungsspiel an, sondern insbesondere die Möglichkeit finanzieller Gewinne über Geldspielgeräte. Weshalb das Strafgesetzbuch zur Verhinderung von derartigen Spielhallen nicht genutzt werden kann, ist für mich daher unverständlich.

Nicht zu verwechseln sind Spielhallen mit den Spielbanken (Spielkasinos). Hierbei handelt es sich um eine öffentlich zugängliche Einrichtung, in der staatlich konzessioniertes Glücksspiel betrieben wird. Glücksspielgeräte innerhalb konzessionierter Spielbanken unterliegen nicht der SpielVO, somit auch nicht den o.g. Begrenzungen, sondern der jeweiligen Landesgesetzgebung. Konzessionierte Spielbanken unterliegen stattdessen einer permanenten Kontrolle durch Finanzbehörden (körperliche Anwesenheit von Finanzbeamten / technische Überwachung / tägliche Abrechnung) und verfügen über Zutrittskontrollen (Besucherkartei, Türbewachung) sowie über ein bundesweites Sperrsystem für Spielsuchtgefährdete Menschen (OSD).

Auch die Automaten-Wirtschaftsverbände-Info GmbH (AWI) hat sich nach Aussage des Geschäftsführers Dirk Lamprecht den vorgenannten Kontrollmechanismen angeschlossen. Der AWI geht es in erster Linie um ein kanalisiertes Angebot, auf das Steuern entrichtet wird und welches krankhaftes Spielverhalten und Illegalität vermeidet. Der derzeitige Spielhallenboom außerhalb der AWI wird allerdings kritisch beäugt.

Vielen Vermietern dagegen ist die Entwicklung im Kiez bezüglich der Zunahme von Spielhallen egal. Sie sind es, die den Spielhallenbetreibern erst den Spielbetrieb durch Abschluss eines Gewerbemietvertrages ermöglichen.

Den Bürgerinnen und Bürgern dagegen ist diese Entwicklung nicht gleichgültig, sie nehmen mit Besorgnis wahr, wie ihr Stadtbild verschandelt wird. Ökonomisch ist die Ballung auf kleinem Raum nicht nachvollziehbar. Gewerbe zur Nahversorgung weicht den Spielhallen. Kriminalitätserscheinungen kommen stattdessen mit den Spielhallen. Ängste bei den Bewohnerinnen und Bewohnern dieser Kieze entstehen.

Nach der Bewertung der Lage durch das LKA wird eine Vielzahl kriminalpolizeilich relevanter Ereignisse im Zusammenhang mit Spielstätten beobachtet. Illegales Glücksspiel, Geldwäsche, Betrug, räuberische Erpressung, Raubmord, Körperverletzungen, Einbrüche sind die unangenehmen Begleiterscheinungen von Spielhallen.

Im Jahr 2009 erfolgten im Bezirk Mitte 101 Kontrollen von Spielstätten. Dabei wurden 39 Straftaten wegen illegalen Glücksspiels und 144 Zuwiderhandlungen gegen das Spielrecht festgestellt, 12 Raubüberfälle auf Spielstätten und Wettbüros wurden in Mitte verzeichnet. Dies ist mehr als nur Besorgnis erregend. Darüber hinaus wird die Spielsucht zur großen Gefahr in Mitte. Verschuldung, Verarmung sind weitere Folgen in der sozialen Spirale nach unten. Dringender Handlungsbedarf, um dieser Entwicklung entgegen zu wirken, ist geboten.

Möglichkeiten, der Entwicklung des Spielhallenbooms entgegen zu wirken

Die Diskussion, wie der massiven Ausbreitung von Spielhallen entgegen gewirkt werden kann, nimmt immer mehr Raum ein. Die Möglichkeiten der Regulierung des gewerblichen Spielrechts basieren auf dem Genehmigungsverfahren und dem Baurecht. Genehmigt wird der Betrieb einer Spielhalle immer dann, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen erfüllt sind. Hierbei wird insbesondere die Eignung des Betreibers geprüft. Nach dem Baurecht können durch Bebauungspläne zwar Festlegungen zu Gebietstypen und die Nutzungsmöglichkeit in den Gebieten getroffen werden. Städtebauliche Vertragbarkeiten spielen aber keine Rolle. Für die Bezirke bestehen kaum Gestaltungsmöglichkeiten, obwohl gerade in diesen ein erheblicher Steuerungsbedarf durch die „Nebenwirkungen“ von Spielstätten, u. a. an sozialen, gesundheitspolitischen, Jugend schützenden Maßnahmen, notwendig wird.

Eine Möglichkeit der Regulierung ist bekannt. Es handelt sich dabei um ein Spielhallengesetz, welches auf Grund der Förderalismusreform durch den Landesgesetzgeber erlassen werden kann. In Berlin wurde davon bislang kein Gebrauch gemacht. Die BVV Mitte hat daraufhin fraktionsübergreifend einen Antrag beschlossen, der den Senat von Berlin dazu ersucht, sich für den Erlass eines Spielhallengesetzes mit dem Ziel der Einbringung eines solchen Gesetzesentwurfs im Abgeordnetenhaus von Berlin einzusetzen. Hiernach soll folgendes geregelt werden:

- Verschärfung der personellen Voraussetzungen für den Betrieb einer Spielhalle (Zuverlässigkeitsanforderungen, fachliche Schulungen in Sachen Suchtprävention)
- Kontrollpflichten (Eingangskontrollen, Kontrolle der Räume)
- Unterhaltung von Sperrsystemen für bestimmte Glücksspiele
- Einrichtung und Unterhaltung von Beratungseinrichtungen
- Anpassung der Geschäftszeiten bzw. Einführung von Sperrzeiten
- Erteilung bzw. Verbot von Mehrfachkonzessionen und Abkehr vom raumbezogenen Spielhallenbegriff
- Verschärfung der Anforderungen an die Zulassung von mehreren Spielhallen in einem Gebäudekomplex
- Festlegung eines Mindestabstands zu Kindergärten, Schulen und Jugendeinrichtungen
- Bezirkliche Spieldichte regulieren.

Eine weitere Möglichkeit ist der Erlass einer Vergnügungsstättenatzung, welche bereits seit Jahren in Stuttgart besteht. In dieser Satzung ist geregelt, dass das Abrutschen von Straßenzügen oder von Stadtteilen durch die Versagung von Spielstätten verhindert werden kann. Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat zuletzt im März 2010 die Versagungen der Stadt zu Recht bestätigt.

Eine weitere Möglichkeit der Regulierung besteht durch die Vergnügungssteuer. Diese Steuer kann mit dem Ziel der Lenkungsfunktion erhöht werden. Baden-Württemberg z. B. hat eine Vergnügungssteuersatzung erlassen, welche Hebesätze bis zu 25 % aufweist. Auch Berlin hat eine solche Satzung, allerdings mit derart niedrigen Hebesätzen, dass nicht von einer Lenkungsfunktion gesprochen werden kann.

■ Masterplan Industriestadt Berlin 2010 - 2020

Der Senat hat am 22. Juni 2010 den „Masterplan Industriestadt Berlin 2010 - 2020“ beschlossen. Der Masterplan ist ein Arbeitsprogramm, das konkrete Projekte für die Entwicklung der Industriestadt Berlin vorsieht. Die Umsetzung liegt beim „Netzwerk Industriepolitik“, einem breiten Bündnis aus Senat, Kammern, Verbänden und Gewerkschaften.

Jan Eder, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Berlin (IHK): „Die Industrie bestimmt den Pulsschlag des Wirtschaftsstandortes Berlin. Jeder hier neu geschaffene Arbeitsplatz zieht drei weitere in anderen Sektoren nach sich. Nichts braucht unsere Stadt dringender! Doch dies ist kein Selbstläufer, sondern dazu müssen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik über Ressortgrenzen hinweg an einem Strang ziehen. Genau darauf zielt der Masterplan.“

Der Masterplan verankert mit konkreten Zielen Industriepolitik als Querschnittsaufgabe und soll damit auf zentralen Feldern wie Rahmenbedingungen, Innovation, Fachkräfte und Standortkommunikation zur Entwicklung Berlins als Industriestadt beitragen.

Einige konkrete Ansätze, die mit dem Masterplan verfolgt werden:

- Die Fläche des Flughafens Tegel bietet als innenstadtnaher und verkehrstechnisch gut angebundener Standort für Forschung und Industrie einzigartige Standortbedingungen für innovative ansiedlungswillige Unternehmen.
- Die BeBerlin-Imagekampagne positioniert erfolgreich die Berliner Industrie und ihre Produkte regional und überregional.
- Das Projekt „Karriere in der Berliner Industrie“ verbindet das Fachkräftepotenzial von Hochschulabsolventen mit kleinen und mittleren Industrieunternehmen.
- Die Verwaltung soll durch gemeinsame Workshops für die Belange der Industrie sensibilisiert werden.

Koordiniert werden die Maßnahmen durch die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen. Im Herbst soll eine erste Bilanz gezogen werden.

Christian Hoßbach, stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin und Brandenburg (DGB): „Berlin braucht mehr Arbeitsplätze in der Industrie, damit durch mehr industrielle Wertschöpfung auch größere Spielräume für eine soziale Stadtentwicklung entstehen. Unser Ziel sind neue qualifizierte, interessante und gut bezahlte Arbeitsplätze für Männer und Frauen. Industriepolitik wird nur als gemeinsame Anstrengung aller Beteiligten erfolgreich sein - dafür steht der Masterplan.“

Auch der Vorsitzende des Hauptausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus, Ralf Wieland (SPD), begrüßt die verstärkten Bemühungen um die Entwicklung des Industriestandortes Berlin. „Gerade die Entwicklung des Geländes des in zwei Jahren zu schließenden Flughafens Tegel bietet enorme Möglichkeiten, moderne Industriearbeitsplätze anzusiedeln.“

